

Jahresbericht 2014

**FORUM
MENSCHENRECHTE**



Inhalt

Zielsetzung und Arbeitsweise.....	2
Rückblick 2014.....	4
Aktivitäten 2014	6
Publikationen.....	6
Positionspapiere und Stellungnahmen	6
Pressemitteilungen.....	6
Berichte vom UN-Menschenrechtsrat.....	6
Veranstaltungen	7
Konferenzen/öffentliche Veranstaltungen.....	7
Politische Gespräche	7
Plena	7
Arbeitsgruppen des FORUM MENSCHENRECHTE	8
Weiterarbeit in 2015	15
Verwendete Abkürzungen.....	16
Mitgliedsorganisationen 2014.....	17
Impressionen vom Empfang „20 Jahre FORUM MENSCHENRECHTE“	19
Impressum.....	25

Zielsetzung und Arbeitsweise

Das FORUM MENSCHENRECHTE (FMR) hat sich am 12.01.1994 im Anschluss an die Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 und auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGNV) als Zusammenschluss von bundesweit bzw. überregional arbeitenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Institutionen und kirchlichen Werken des Menschenrechtsbereichs in Deutschland konstituiert. Das FMR setzt sich für einen verbesserten, umfassenden Menschenrechtsschutz weltweit, in einzelnen Weltregionen, Ländern und in der Bundesrepublik Deutschland ein.

Das FMR dient u.a.

- der kritischen Begleitung der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages auf nationaler und internationaler Ebene sowie der Arbeit deutscher ExpertInnen in internationalen Menschenrechtsinstrumenten;
- der Durchführung gemeinsamer Vorhaben zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes in unserem und durch unser Land;
- der Unterstützung der Bewusstseinsbildung in Deutschland über Universalität und Komplexität der Menschenrechte.

Durch gemeinsame Lobbyaktivitäten, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zu den durch die festen Arbeitsgruppen bearbeiteten Themen sollen diese Ziele erreicht werden.

Für aktuelle Themenschwerpunkte werden bei Bedarf zeitlich begrenzte Arbeitsgruppen - sogenannte ad hoc-AGs - eingerichtet.

Auf regelmäßig stattfindenden Plenumsitzungen werden grundlegende Entscheidungen über die Arbeit des FMR getroffen.

Ein für zwei Jahre gewählter Koordinationskreis bereitet die Sitzungen vor und nach, sorgt für den Informationsfluss zwischen Plenum und Arbeitsgruppen und ist für die Außenwirkung des FMR verantwortlich.

Im Koordinationskreis waren 2014 folgende Mitgliedsorganisationen vertreten:

- Amnesty International durch Dr. Silke Voß-Kyeck,
- Brot für die Welt/eed durch Dr. Julia Duchrow,
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen durch Dr. Beate Wagner,
- Deutsche Kommission Justitia et Pax durch Dr. Daniel Legutke,
- Nürnberger Menschenrechtszentrum durch PD Dr. Michael Krennerich,
- PRO ASYL durch Günter Burkhardt,
- TERRE DES FEMMES durch Sibylle Schreiber,
- Vereinte Evangelische Mission durch Dr. Jochen Motte.

Das FORUM MENSCHENRECHTE ist ein als gemeinnützig anerkannter Verein. Der e.V. beschäftigt eine Teilzeitkraft in der Geschäftsstelle in Berlin (seit 2006: Beate Ziegler). Vorsitzende des Vereins FORUM MENSCHENRECHTE e.V. waren in 2014 Dr. Jochen Motte und Dr. Beate Wagner; für die Finanzen zeichnete Dr. Daniel Legutke verantwortlich.

Das FORUM MENSCHENRECHTE entsendet einen Beobachter zum UN-Menschenrechtsrat nach Genf. 2014 wurde diese Aufgabe von Dr. Theodor Rathgeber wahrgenommen.

2014 vertraten drei stimmberechtigte Mitglieder - Selmin Caliskan (Amnesty International), Ute Hausmann (FIAN Deutschland) und Dr. Rainer Huhle (Nürnberger Menschenrechtszentrum) – das FORUM MENSCHENRECHTE im Kuratorium des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Im Jahr 2014 zählte das FORUM MENSCHENRECHTE 53 Mitgliedsorganisationen und zwei Gastmitglieder (s.u. Liste der Mitgliedsorganisationen).

Rückblick 2014

(Auszug aus dem Bericht von Dr. Jochen Motte anlässlich der Jahresklausur des FORUM MENSCHENRECHTE im Januar 2015)

Mit Beginn der neuen Legislaturperiode des Bundestages Ende 2013 und der Arbeit der Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD war das Jahr 2014 besonders davon geprägt, Kontakte in Bezug auf menschenrechtlich relevante Fragen mit Ausschüssen und Regierungsvertretern und -vertreterinnen aufzubauen sowie politische Forderungen und Vorstellungen des Forums in die politische Diskussion einzubringen.

Dazu fanden eine Reihe von Gesprächen statt: auf Ministerebene, mit Staatssekretären und Arbeitsstäben, u. a. im Auswärtigen Amt (AA), dem Innenministerium (BMI), dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages, insbesondere aus dem Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe.

Themenschwerpunkte zu denen Veranstaltungen durchgeführt, Positionspapiere und Briefe verfasst bzw. Filme produziert wurden, bildeten u. a. der Schutz von Flüchtlingen, Unternehmensverantwortung für Menschenrechte und Nationaler Aktionsplan "Menschenrechte und Wirtschaft", Deutschlands Rolle im VN-Menschenrechtsrat, der Schutz von Menschenrechtsverteidigern und -verteidigerinnen, der Review Prozess der deutschen Außenpolitik, die Post 2015 Agenda, der Menschenrechtsbericht der Bundesregierung, Menschenhandel, der Umsetzungsbericht zum Aktionsplan Zivile Krisenprävention, das 25jährige Jubiläum der Kinderrechtskonvention und die Neuauflage des Handbuchs der Menschenrechtsarbeit (FES und FMR).

Neben den etablierten Foren für den Austausch zwischen Politik und Zivilgesellschaft hat die Regierungskoalition neue Formate entwickelt, an denen sich das Forum beteiligt hat bzw. noch entscheiden muss, ob und wie dies geschieht. Dazu zählt u.a. der in der Verantwortung des AA durchgeführte Review Prozess zur deutschen Außenpolitik, die Zukunftscharta, getragen durch das BMZ, sowie der „Bürgerdialog Gut Leben in Deutschland“, der durch das Kanzleramt gesteuert wird. Man wird sehen, ob die mit dem Anspruch größtmöglicher Partizipation angestoßenen Prozesse am Ende Resultate hervorbringen, in denen sich die durch die Zivilgesellschaft angeregten Inhalte widerspiegeln oder ob es bei Symbolpolitik bleibt.

Im November 2014 hat das Forum in einer Feier auf sein 20-jähriges Bestehen zurückgeblickt und mit GesprächspartnerInnen aus Politik und Zivilgesellschaft menschenrechtliche Herausforderungen für die Zukunft diskutiert:

Auf der einen Seite stellen wir fest, dass Menschenrechte durchaus als Querschnittsaufgabe von Politik anerkannt werden und mittlerweile fast alle Politikbereiche menschenrechtlichen Fragen nicht grundsätzlich verschlossen sind, bzw. ihnen nicht ablehnend gegenüberstehen. An Kontakten zur Politik oder an Aufgaben, Umsetzungsberichte der Regierung zu kommentieren bzw. zu diskutieren, besteht kein Mangel.

Andererseits nehmen wir verwundert wahr, dass dieses allgemein abgegebene Bekenntnis zur menschenrechtlichen Orientierung der deutschen Politik durch das Agieren einzelner Abgeordneter grundsätzlich und unversehens in Frage gestellt werden kann, wie der Streit um die gesetzliche Grundlage des Deutschen Institutes für Menschenrechte (DIMR) zeigt. Wie kann es sein, dass 10 Jahre nach seiner Gründung die Grundausrichtung und Stellung des Institutes in einem Jahr, in dem Deutschland die Präsidentschaft im Menschenrechtsrat ausübt, so radikal in Frage gestellt wird?

Die Herausforderungen, Menschenrechte im Bereich der Flüchtlingspolitik, insbesondere an den EU-Außengrenzen zu gewährleisten und zu schützen, sind größer als je zuvor. Die Widerstände zu dieser Frage innerhalb der EU und Deutschlands, nicht Abschottung und Abwehr, sondern Schutz und humanitäre Hilfe zur Richtschnur politischen Handelns zu machen, scheinen, wie Pegida zeigt, eher zu wachsen. Nicht nur auf dem Hintergrund extremistischer Anschläge wie in Paris am 7. Januar 2015 werden Fragen von Migration, Integration und Rassismus in Deutschland die politische Diskussion mit dem Auftreten der AfD weiter in der Öffentlichkeit eine große Rolle spielen.

Die Flüchtlinge, die u.a. nach Europa drängen, spiegeln aber auch sich verändernde Realitäten in bestimmten Ländern und Regionen wider, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden, Recht und Ordnung zusammenbrechen, und Überleben unter menschenwürdigen Bedingungen nicht möglich ist.

Auch international sind die menschenrechtlichen Herausforderungen in 2014 nicht kleiner geworden.

Als Forum haben wir in den Jahren nach 2001 immer wieder darauf hingewiesen, dass der Westen mit Guantanamo etc. seine eigene Glaubwürdigkeit im Eintreten für Menschenrechte nachhaltig geschädigt hat. Umso mehr wundert es, dass nach Veröffentlichung des Berichtes des Senats nun deutsche Politiker wie Angela Merkel sich tief erschüttert zeigen und Außenminister Steinmeier von einem unakzeptablen Vorgehen spricht. Beruhten die Berichte der Menschenrechtsorganisationen, die diese Folterpraxis seit vielen Jahren dokumentierten, denn ausschließlich auf Spekulationen? Ist die Praxis der Drohnenexekutionen, die durch Präsident Barack Obama ausgeweitet wurde, erst dann für die deutsche Regierung kommentierungsfähig, wenn ein US Senatsbericht diese dokumentiert?

Das wünschen wir uns von unserer Regierung und Außenpolitik, nicht nur gegenüber den USA sondern auch gegenüber anderen Ländern bzw. Regierungen: Klar ansagen, was akzeptabel ist und was nicht. Gegenüber all denen, die Menschenrechte mit Füßen treten. Und nicht erst dann, wenn diese es selbst offiziell bestätigen. Doch das kann eine Regierung nur dann, wenn sie ihre eigenen Hausaufgaben in Sachen Menschenrechte macht.

Die Arbeit von Menschenrechtsverteidigern und -verteidigerinnen in aller Welt ist nicht leichter geworden. Und die Zahl an Verächtern der Menschenrechte nicht kleiner. Seit dem Zweiten Weltkrieg war nach dem Anfang Januar 2015 veröffentlichten Bericht des UNHCR die Zahl der Flüchtlinge mit 56,7 Millionen einschließlich der Binnenflüchtlinge nie so hoch wie im vergangenen Jahr. Allein 41 bewaffnete Konflikte wurden für das Jahr 2014 registriert. Angesichts von Verbrechen und Vertreibungen ungeheuren Ausmaßes in Syrien und dem Irak, aber auch andernorts muss man bedauern, dass die Vereinten Nationen aufgrund der Strukturen und Blockaden im Sicherheitsrat im Blick auf ihre 'responsibility to protect' in aktuellen Krisen praktisch bedeutungslos bleiben, sieht man von humanitärer Flüchtlingshilfe ab.

Den Prozess zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Forums, der 2013 durch den damaligen Ko-Kreis eingeleitet wurde, konnte mit dem Beschluss zur Erhöhung der Beiträge erfolgreich umgesetzt werden. Sofern sich alle Mitglieder diesem Beschluss verpflichtet sehen, kann das Forum in den kommenden Jahren auf dieser Grundlage im bestehenden personellen Rahmen weiter arbeiten.

Aktivitäten 2014

Publikationen¹

Positionspapiere und Stellungnahmen

Februar 2014	Positionspapier zum Umgang mit besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen,
Dezember 2014	Stellungnahme zum Vierten Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum Nationalen Aktionsplan Zivile Krisenprävention

Pressemitteilungen

19.05.2014	Gespräch mit Außenminister Steinmeier: FORUM MENSCHENRECHTE fordert Umsetzung des Koalitionsvertrags in Hinblick auf eine konsistente und konsequente Menschenrechtspolitik.
15.12.2014	FORUM MENSCHENRECHTE fordert von Bundeskanzlerin Merkel Unterstützung für internationale Anerkennung des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR).

Berichte vom UN-Menschenrechtsrat

- März 2014: 24. Sitzung
- Juni 2014: 25. Sitzung
- Sep 2014: 26.Sitzung

¹ Alle aktuellen Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Berichte vom UN-Menschenrechtsrat:
<http://www.forum-menschenrechte.de/1/aktuelles/>

Veranstaltungen

Konferenzen/öffentliche Veranstaltungen

- | | |
|----------------|---|
| 13.05.2014 | Podiumsdiskussion mit Kandidatinnen zu menschenrechtlichen Schwerpunkten und Forderungen an das Europäische Parlament |
| 06./07.10.2014 | jährliche Tagung zum UN-Menschenrechtsrat in Zusammenarbeit mit DIMR und FES in Berlin; Themenschwerpunkte: Kriminalisierung von NGOs, nachhaltige Entwicklung aus menschenrechtlicher Perspektive im Kontext der Post MDG 2015-Debatte |
| 05.11.2014 | Empfang zum 20. Geburtstag des FORUM MENSCHENRECHTE |

Politische Gespräche

VertreterInnen des Koordinationskreises und der Arbeitsgruppen nahmen an zahlreichen Fach – und Lobbygesprächen mit PolitikerInnen zu ihren Themen teil oder luden dazu ein (siehe Berichte aus den Arbeitsgruppen).

Plena

- | | |
|-------------------|---|
| 16.01.-18.01.2014 | Themenschwerpunkte Auswertung Bundestagswahl und Religionsfreiheit (Jahresklausur in Schmerlenbach) |
| 7.05.2014 | Themenschwerpunkte Arbeitsplanung BT-Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe (Berlin) |
| 01.10.2014 | Themenschwerpunkt Wirtschaft und Menschenrechte (Hannover) |

Arbeitsgruppen des FORUM MENSCHENRECHTE

Die Arbeitsgruppen bilden das inhaltliche Rückgrat des Forums. Sie bieten den Mitgliedsorganisationen die Möglichkeit, ihre Positionen in die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit des Forums einzubringen. Von allen Mitgliedsorganisationen des FMR wird die aktive Teilnahme an mindestens einer Arbeitsgruppe erwartet.

2014 waren 7 Arbeitsgruppen im FMR aktiv:

1. AG Antirassismus

Mitglieder: Amnesty International, Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG e.V.), Deutsche UNESCO-Kommission, Diakonie Deutschland, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.), Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), Interkultureller Rat in Deutschland, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), pax christi; Gäste: Yonas Endrias, Klaus Stoltenberg, DIMR

Sprecher: Johannes Brandstätter (EWDE/Diakonie Deutschland)

Aus dem Bericht 2014:

Parallelberichterstattung UN-Antirassismuskonvention

2012 stand turnusgemäß der Staatenbericht Deutschlands zur UN-Antirassismuskonvention (ICERD) an; er wurde 2013 im Bundeskabinett verabschiedet. Im Mai 2015 wird er in Genf verhandelt. Das Forum Menschenrechte ist am neuen Parallelbericht beteiligt, der vom Diakonie Bundesverband zusammen mit Vertretern und Vertreterinnen der Selbstorganisationen Betroffener erstellt wurde. Der Parallelbericht soll ca. im Januar 2015 übersetzt vorliegen, so dass er im Mai vom Ausschuss berücksichtigt werden kann. U.a. folgende Themenschwerpunkte: Datenerhebung und Statistik, Strafrecht, Rassismus im Bildungssystem, Rassismus und Gesundheit. Bei der Erstellung wurden besonders die Perspektiven von „people of color“ auf Rassismus in Deutschland in den Blick genommen.

Institutionelle rassistische Diskriminierung

Der NSU-Untersuchungsausschuss förderte 2013 rassistische Strukturen in den Institutionen der Sicherheit und Ordnung zutage, ohne sie jedoch klar als solche zu benennen. Institutionelle rassistische Diskriminierung wird kontrovers diskutiert, zumal es wegen der Begrifflichkeiten traditionell erhebliches Unwissen und Missverständlichkeiten gibt. Die AG hat sich vorgenommen, in einem Hintergrundpapier hierzu mehr Klarheit zu schaffen, um eine Grundlage für antirassistische Lobbyarbeit in diesem Bereich zu bekommen. Im Dezember 2014 lag ein erster Entwurf vor.

Forum gegen Rassismus

Das Forum gegen Rassismus ist eine seit dem EU-Jahr gegen Rassismus 1997 bestehende Plattform von Regierungsstellen und gesellschaftlichen Organisationen, deren Geschäftsführung beim BMI liegt. Der AG-Sprecher vertrat dort die zivilgesellschaftlichen Positionen zu einem Entwurf für eine Grundsatzklärung gegen Rassismus dieses Forums. Ziel ist dabei, zu einem besseren fachlichen Verständnis von rassistischer Diskriminierung im Sprachgebrauch der Bundesregierung (Nationaler Aktionsplan; Staatenberichterstattung ICERD) zu kommen. Der Sprecher der AG ist Mitglied dieser Kleingruppe und brachte die Anliegen der AG dort ein.

Planung 2015:

- Parallelberichterstattung UN-Antirassismuskonvention
Nacharbeit mit Veranstaltungen und Lobbyarbeit
- Institutionelle Diskriminierung
Fertigstellung des begonnenen Diskussionspapiers

2. AG Entwicklung und Wirtschaft

Mitglieder: Amnesty International, Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR, Brot für die Welt, Deutsche Kommission Justitia et Pax, European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), FIAN Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Germanwatch, Human Rights Watch, Kindernothilfe, Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), Nürnberger Menschenrechtszentrum (NMRZ), Peace Brigades International (pbi), Reporter ohne Grenzen, terre des hommes (tdh), urgewald, Werkstatt Ökonomie; Gäste: CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Gegenströmung.

SprecherInnen: PD Dr. Michael Krennerich (NMRZ),
Sarah Lincoln (Brot für die Welt)

Aus dem Bericht 2014:

Arbeitsfelder 2014:

- Kampagnen- und Advocacy-Arbeit für die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt durch Deutschland;
- kontinuierlicher Dialog mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und den Durchführungsorganisationen der staatlichen EZ über die Umsetzung von Menschenrechten in der Entwicklungszusammenarbeit;
- Advocacy-Arbeit für ein menschenrechtliches Beschwerdeverfahren für die staatliche EZ und für mehr Transparenz von Entwicklungsvorhaben;
- Öffentlichkeits- und Advocacy-Arbeit für einen besseren Schutz von Verteidiger/innen der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sowie für eine effektive Umsetzung der EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen;
- Kritische Begleitung der post-2015 Agenda, u.a. zur Stärkung eines rechtebasierten Ansatzes in der Agenda;
- Advocacy-Arbeit für einen umfassenden Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Deutschland, insbesondere durch die Festschreibung verbindlicher menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten für Unternehmen und die Verbesserung des Zugangs zu juristischen und nicht-juristischen Beschwerdeverfahren;
- kritische Begleitung der Arbeit der Nationalen Kontaktstelle (NKS) für die OECD-Leitsätze durch Mitarbeit in der Begleitgruppe zur NKS und Forderung nach einer umfassenden Reform der NKS.

Schwerpunktt Themen für 2015:

Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt; Einführung eines Beschwerdeverfahrens für die deutsche EZ; Ausarbeitung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte; Kommentierung der Weltbank Safeguards; allgemeine Anerkennung extraterritorialer Staatenpflichten.

3. AG Frauenrechte

Mitglieder: Amnesty International, Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel (KOK), Deutscher Frauenrat, ECCHR, IFFF, Interessensvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL), TERRE DES FEMMES (TDF)

Sprecherin: Birte Rohles (TDF)

Aus dem Bericht 2014:

Treffen AG Frauenrechte in 2014:

- 25.02.2014
- 12.06.2014
- 09.10.2014

Arbeitsschwerpunkte 2014:

- Reformbedarf § 177 StGB – Die AG Frauenrechte schrieb einen Brief an Justizminister Maas
- EU-Richtlinie zu Menschenhandel
- 1325-Konferenz zu sexueller Gewalt in Krisengebieten; Thema UN 1325 als Querschnittsthema im Forum
- BMI Referentenentwurf zur Gesetzesänderung des Ausländerrechts/ Flüchtlingen/ Menschenhandel

Treffen mit Ausschüssen, Abgeordneten, Gäste etc.:

- Treffen mit dem Frauen- und Familienausschuss des Bundestags (03.04.2014)
- Teilnahme am Treffen mit dem Außenminister und dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung durch Sibylle Schreiber (19.05.14)
- Teilnahme am Gespräch mit BMI zu Referentenentwurf zu Gesetzesänderung zu Ausländerrecht/Flüchtlingen/Menschenhandel durch Sibylle Schreiber (27.05.2014)
- Besuch der AG-Sitzung von Viviana Rodriguez (ECCHR/Sisma Mujer) (12.6.)
- Teilnahme am Treffen zum Menschenrechtsbericht der BR durch Anna von Gall
- Parlamentarisches Frühstück zum Thema Menschenhandel (18.12.2014)

Geplante Treffen der AG in 2015 jeweils in Berlin (vorbehaltlich Änderungen):

- 22. Januar 2015
- weitere Termine werden dann geplant

Arbeitsplanung 2015 (vorbehaltlich Änderungen):

- Treffen mit dem Frauen- und Familienausschuss
- Reformbedarf § 179 StGB
- Umgangsrecht bei häuslicher Gewalt
- sexualisierte Gewalt gegen Kinder
- Sorgerecht von psychisch erkrankten Eltern, potentielle Zusammenarbeit mit der AG Kinderrechte
- Der CEDAW-Parallelbericht und die Teilnahme an der Kick-off Veranstaltung vom Deutschen Frauenrat und UNWomen
- Kritische Auseinandersetzung vom NAP der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 (4. Umsetzungsbericht zur UN-Resolution 1325 vom Frauensicherheitsrat)
- Integrationskurse für Frauen

4. AG Frieden

Mitglieder: Brot für die Welt, Heinrich-Böll-Stiftung, Humanistische Union, IFFF, IPPNW, medica mondiale, MISEREOR, pbi, Vereinte Evangelische Mission (VEM)

Sprecherin: Caroline Kruckow (Brot für die Welt)

Aus dem Bericht 2014:

Schwerpunkte 2014:

Die AG-Mitglieder trafen sich im Laufe des Jahres insgesamt vier Mal (zweimal physisch und zweimal fand ein intensiver Austausch über Telefonkonferenzen statt).

Nach der grundsätzlichen Verständigung innerhalb der neuen AG über Selbstverständnis und Aufgaben standen aus den Arbeitsvorhaben 2014 folgende Schwerpunktthemen im Mittelpunkt:

Rüstungsexporte

Die AG fand einen Einstieg in die Thematik über Kurz-Referate aus der GKKE-Arbeitsgruppe Rüstungsexporte, der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und eine Präsentation von Mathias John/AI zu Rüstungstransfers und Menschenrechtsverletzungen.

In der anschließenden Diskussion wurde nochmal erörtert, ob, in welcher Form und wie sich die AG Frieden des Themas Rüstungsexporte annehmen will. Einige AG-Mitglieder betonen, dass es wichtig sei, die Verbindung von Rüstungsexporten, Menschenrechten und Frieden stärker herauszuarbeiten. Die Bedeutung des Themas sollte insgesamt im Forum stärker gemacht werden. Das Votum der AG daran anknüpfend: Rüstungsexporte zum Schwerpunktthema der nächsten Jahrestagung (15.-17.01.2015 in Schmerlenbach bei Aschaffenburg) zu machen und u.a. einen qualifizierten Input zu Endverbleib etc. zu befördern.

Friedenspolitische Ansätze in der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik bewerten / Friedenspolitik stärken

Zu ‚Aktuellem/ Außen- und Sicherheitspolitische Diskurse -Mehr Verantwortung Deutschlands für zivile Krisenprävention‘ fand in der AG fand ein kontinuierliches Update und Austausch statt, sowohl zum Review-Prozess 2014 des AA als auch zur Zukunftscharta des BMZ.

Aktionsplan Zivile Krisenprävention

Das im Sommer veröffentlichte Impulspapier aus dem zivilgesellschaftlichen Beirats wurde in der AG besprochen und kommentiert. Nach Erscheinen des 4.Umsetzungsberichts der Bundesregierung zum „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ wurde im Rahmen der AG eine gemeinsame Stellungnahme zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Organisationen vom Forum MR gemeinsam mit VENRO, der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und dem Konsortium Ziviler Friedensdienst erstellt.

Weitere Arbeitsvorhaben:

- Vorbereitung Jahresklausur: Der Programmwurf für das Schwerpunktthema Frieden und Menschenrechte der Jahresklausur 2015 wurde in der AG beraten und Vorschläge zur Gestaltung an den Ko-Kreis weitergeleitet.
- Kommentierung der Entwurfsfassung des Menschenrechts-Aktionsplans der Bundesregierung

Vorhaben für 2015:

- Zusammenwirken von MR und Frieden: Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung/Konflikttransformation und der menschenrechtsbasierten Arbeit
- Frauen, Frieden, Sicherheit in Verbindung mit der AG Frauen
- Konfliktsensibilität und Menschenrechte
- Rohstoffe aus Konfliktgebieten in Verbindung zur AG Wirtschaft + MR, extraterritoriale Staatenpflichten – Ruggie Principles

Weitere Vorhaben für 2015 sollen Anfang 2015 auf der ersten AG-Sitzung am Rande der Jahresklausur besprochen und festgelegt werden.

5. AG Innen

Mitglieder: Amnesty International, Bundesarbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF), , Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF), Diakonie Deutschland, Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Humanistische Union, Interkultureller Rat, IPPNW, KOK, Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche, PRO ASYL, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

Sprecher: Günter Burkhardt (PRO ASYL)

Aus dem Bericht 2014:

Die AG Innen hatte im Jahr 2014 folgende Schwerpunkte:

- Umsetzung des Koalitionsvertrages im Bereich Asyl und Migration
- Integrationskurse für Flüchtlinge und Unionsbürger
- Schnelle und faire Asylverfahren
- Vollständige Anwendung der Kinderrechtskonvention: Heraufsetzung der Verfahrensmündigkeit auf 18 Jahre
- Bleiberechtsregelungen
- Optionspflicht
- Aufenthaltsstatus für Opfer von Menschenhandel

Zu diesen Themen fand ein Gespräch mit dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages statt. Außerdem wurde das Gespräch mit dem Bundesministerium des Innern gesucht. Ein besonderer Schwerpunkt war hier der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neubestimmung von Bleiberecht und Aufenthaltsbeendigung. Dieses Gespräch fand mit dem Staatssekretär Schröder unter Federführung des Koordinierungskreises des FORUM MENSCHENRECHTE im Juli 2014 statt.

Des Weiteren gab es ein Gespräch des Koordinierungskreises mit Mitgliedern der AG Innen mit dem Bundesinnenminister am 11. November 2014. Hierbei ging es auch um die vom Bundesministerium des Innern vorgestellten Überlegungen, Willkommens- und Transitzentren für Asylsuchende in afrikanischen Staaten einzurichten.

Inhaltlich wurde von Mitgliedern der AG Innen die Verschränkung von Außen-, Innen- und Entwicklungspolitik kommentiert, die ihren Niederschlag in einer Briefaktion des Ko-Kreises des FMR an AA, BMI und BMZ (s. Schreiben vom 18.11.2014) fand.

Künftige Schwerpunkte der Arbeit:

- Auseinandersetzung mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 3.12.2014 zu Neube-stimmung von Aufenthaltsbeendigung und Bleiberecht
- Aufnahmeprogramme für Flüchtlinge aus Syrien und Irak
- Unbegleitete Minderjährige: Auseinandersetzung mit der Planung, UMFs bundesweit zu ver-teilen
- Einschränkungen des Familiennachzugs und Möglichkeiten der Einflussnahme.

6. AG Kinderrechte

Mitglieder: BumF, IPPNW, Kindernothilfe (KNH), tdh

Gäste: National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention (NC), Michael Windfuhr (DIMR)

Sprecherin: Antje Weber (KNH)

Aus dem Bericht 2014:

Aktivitäten 2014:

Die **Begleitung des Staatenberichtsverfahrens zur UN-Kinderrechtskonvention** wurde 2014 Jahr fortgesetzt. Am 27. und 28. Januar 2014 fand die Anhörung der Staatenvertreter in Genf statt, im Februar wurden die Concluding Observations des UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes veröf-fentlicht.

Im Juni 2014 lud das Deutsche Institut für Menschenrechte zu einem Follow Up Gespräch zur Umsetzung der Empfehlungen ein. Mitglieder der AG Kinderrechte / des Bündnis Kindersoldaten nutzten diesen Anlass und organisierten einen Workshop zur Anwerbung Minderjähriger durch die Bundeswehr. Leider sagte das Bundesverteidigungsministerium kurzfristig die Teilnahme ab.

Das Treffen mit Außenminister Steinmeier im Mai 2014 wurde ebenfalls genutzt, um die Forderung nach Heraufsetzung des Rekrutierungsalters für die Bundeswehr auf 18 Jahre zu diskutieren. Infolge dieses Gesprächs ergab sich ein gesondertes Treffen mit dem Menschenrechtsbeauftragten der Bun-desregierung, Christoph Strässer, der sich stark für die Realisierung der Straight 18 Forderung einsetzen wird.

Die Pläne für die Einrichtung einer Monitoring-Instanz beim Deutschen Institut für Menschenrechte konkretisieren sich. Voraussichtlich 2015 wird eine derartige Instanz geschaffen. Im Frühjahr 2015 sollen Konsultationen zur Ausgestaltung dieser Instanz stattfinden, an denen sich die AG intensiv beteiligen wird, um darauf hinzuwirken, dass ausreichende Kapazitäten für die Erfüllung dieser wich-tigen Funktion bereitgestellt werden.

Veranstaltung zum 25-jährigen Jubiläum der UN-Kinderrechtskonvention am 20. November 2014

Die AG Kinderrechte des Forums unternahm im April 2014 erste Versuche, eine gemeinsame Jubiläumsveranstaltung mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der National Coalition zu organisieren. Das dafür ange-setzte gemeinsame Vorbereitungsgespräch verlief jedoch seitens des BMFSFJ ohne klare Vereinba-rung. Im Laufe des Jahres stellte sich dann heraus, dass das BMFSFJ eine eigene Veranstaltung für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche unter Beteiligung der Zivilgesellschaft plant.

So fand am 20.11.2014 – dem 25-jährigen Jubiläum der UN-Kinderrechtskonvention – eine „Kinderrechte-Party“ statt. Die AG Kinderrechte produzierte zu diesem Anlass einen vierminütigen Videoclip, mit dem sie darauf aufmerksam macht, dass Beschwerdewege im Falle von Rechtsverletzungen bei Kindern in Deutschland noch viel zu wenig bekannt sind.

7. AG MRR / Außenpolitik

Mitglieder: Amnesty International, Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), DRK, Forum Menschenrechte-MRR-Berichterstatter Dr. Theodor Rathgeber, Friedrich Ebert Stiftung (FES), Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit, Human Rights Watch, IFFF, Deutsche Kommission Justitia et Pax, KNH, NMRZ, pbi, VEM.

Sprecher: Dr. Jochen Motte (VEM)

Aus dem Bericht 2014:

Wie in den vorangegangenen Jahren hat Dr. Theodor Rathgeber die Beobachtung des MRR, die aktive Lobbyarbeit und Durchführung von „Side Events“ während der Sitzungen des MRR sowie die Koordination der Gesprächskontakte mit der deutschen Delegation und dem Menschenrechtsbeauftragten in Genf für das Forum wahrgenommen. Die schriftlichen Ausarbeitungen finden sich auf der Website des Forums.

Mitglieder der AG waren maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung des Gespräches mit Außenminister Steinmeier am 19. Mai 2014, bei dem Forderungen und Themen im Zusammenhang mit Deutschlands Rolle im VN-Menschenrechtsrat auf dem Hintergrund der angestrebten Präsidentschaft angesprochen wurden.

Mitglieder der AG waren ferner beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung eines Gespräches am 14. Juli 2014 in Berlin im Auswärtigen Amt mit dem Menschenrechtsbeauftragten Christoph Strässer sowie Beteiligten aus dem AA und anderen Ressorts zum geplanten Menschenrechtsbericht der Bundesregierung und dem Review Prozess der deutschen Außenpolitik.

Schwerpunkt der Arbeit zum VN-Menschenrechtsrat und der deutschen Rolle im Rat war die gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte und der FES durchgeführte Tagung vom 6.-7. Oktober 2014 in Berlin unter dem Titel: Protection of Human Rights is Indispensable. German Policy in the Human Rights Council". In Panels mit Regierungsvertretern und -vertreterinnen, Abgeordneten und internationalen Experten sowie bei einer öffentlichen Abendveranstaltung wurden u.a. die Wirksamkeit der menschenrechtlichen Instrumente des Rates im Blick auf ihre Schutzfunktion diskutiert und Empfehlungen auch im Blick auf Deutschlands Rolle im Rat gegeben.

Die AG hat im Jahr 2014 zweimal getagt.

Weiterarbeit in 2015

Themen, die das Forum voraussichtlich das ganze Jahr 2015 beschäftigen werden, sind die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik sowie die kritische Begleitung der Erarbeitung des „Nationalen Aktionsplans (NAP) Wirtschaft und Menschenrechte“ durch die Bundesregierung.

Ende 2014 bestand zumindest etwas Hoffnung auf eine baldige Ratifikation des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt durch Deutschland, für die aber sicher noch intensiv Lobbyarbeit geleistet werden muss.

Gleiches gilt für die das Beschwerdeverfahren für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bzw. die Anerkennung extraterritorialer Staatenpflichten.

Ein Dauerbrenner bleibt das Thema Schutz der Privatsphäre im digitalen Zeitalter.

Nicht zuletzt stehen die Auswertung des 19. bis 22. deutschen Staatenberichts zur UN-Anti-Rassismuskonvention (ICERD) und die Umsetzung bzw. Ratifizierung der Istanbul-Konvention gegen häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen 2015 auf der Agenda des Forums.

Verwendete Abkürzungen

CERD	für die Überprüfung der Einhaltung der „ICERD“ (s.u.) zuständiger UN-Ausschuss
CEDAW	Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women (Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau)
DIMR	Deutsches Institut für Menschenrechte
ICERD	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (Internationales Übereinkommen zur Beseitigung von rassistischer Diskriminierung)
Istanbul-Konvention	Übereinkommen des Europarats zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
KRK	UN-Kinderrechtskonvention
MRR	Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen
NC	National Coalition zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland
UN-Sozialpakt	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, (von der UN-Generalversammlung verabschiedet), englisch: ICESCR (International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights)
UN-Zivilpakt	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (am 16. Dezember 1966 von der UN-Generalversammlung verabschiedet), englisch: ICCPR (International Covenant on Civil and Political Rights)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge)
UPR	Universal Periodic Review (regelmäßige Überprüfung der Menschenrechtssituation in den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen durch den UN-Menschenrechtsrat)
WSK-Rechte	Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte

Mitgliedsorganisationen 2014

1. Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT Deutschland)
2. Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) vertreten durch peace brigades international (pbi)
3. Amnesty International Deutschland
4. ATD-Vierte Welt in Deutschland e.V.
5. Bahá'í-Gemeinde in Deutschland
6. Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG e.V.)
7. Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF e.V.)
8. Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF)
9. Deutsche Gesellschaft e.V.
10. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)
11. Deutsche Kommission Justitia et Pax
12. Deutsche UNESCO-Kommission e.V.
13. Deutscher Frauenrat e.V.
14. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
15. European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)
16. Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. (EWDE) mit den Teilwerken Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst und Diakonie Deutschland
17. FIAN Deutschland e.V.
18. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
19. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
20. Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen (GMS)
21. Germanwatch e.V.
22. Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
23. Heinrich-Böll-Stiftung
24. Humanistische Union vereinigt mit der Gustav-Heinemann-Initiative (HU)
25. Human Rights Watch (HRW)
26. Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)
27. Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL)
28. Interkultureller Rat in Deutschland e.V.
29. Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (ippnw)
30. Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)
31. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)
32. Kindernothilfe (KNH)
33. KOK- Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.
34. Kommission für Menschenrechte des Richter und Anwaltsvereins Freiburg
35. Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)
36. Lesben- und Schwulenverband (LSVD)
37. medica mondiale
38. MISEREOR
39. missio Aachen
40. missio München
41. Missionszentrale der Franziskaner
42. Nürnberger Menschenrechtszentrum (NMRZ)
43. Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche
44. pax christi
45. PRO ASYL e.V.

46. pro familia
47. Reporter ohne Grenzen
48. TERRE DES FEMMES (TDF)
49. terre des hommes (tdh)
50. urgewald e.V.
51. Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
52. Vereinte Evangelische Mission (VEM)
53. Werkstatt Ökonomie (woek e.V.)

Gastmitglieder:

54. Deutsches Rotes Kreuz (DRK),
55. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

Impressionen vom Empfang „20 Jahre FORUM MENSCHENRECHTE“

Am 5. November 2014 feierte das Forum sein 20-jähriges Bestehen bei einem Empfang im ‚Kulturwirthshaus Max und Moritz‘ in Berlin.

(Fotos Stephan Röhl, 2014)

Begrüßung



Dr. Beate Wagner und Dr. Jochen Motte (beide Ko-Kreis FMR)

Gesprächsrunde „Menschenrechtliche Herausforderungen für die Zivilgesellschaft heute“



v.l.n.r.: Prof. Dr. Beate Rudolf (Direktorin DIMR), Dr. Jochen Motte (Ko-Kreis FMR), Volkmar Deile (Amnesty), Christoph Strässer, MdB (Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung); Dr. Beate Wagner (Ko-Kreis FMR), Michael Brand, MdB (Vorsitzender BT-Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe), Sibylle Schreiber (Ko-Kreis FMR)



„Theatersport“





Gespräche









Impressum

Herausgeber:
Forum Menschenrechte e.V.
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Redaktion:
Beate Ziegler